

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten

betreffend

**Abschaffung des Pflegeregresses - Volle Abgeltung der den Gemeinden
tatsächlich entstandenen Kosten durch den Bund**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die den Ländern und Gemeinden durch die Pflegeregress-Abschaffung entstehenden Mehrausgaben bzw. Einnahmenentfälle vollständig kompensiert werden. Die nun einseitig durch den Bund vorgenommenen Kürzungen sowie ein entsprechender Fixbetrag von 300 Millionen Euro für die Jahre 2019 und 2020 widersprechen den getroffenen Vereinbarungen und bedürfen dringend einer Nachverhandlung.

Begründung

Der Nationalrat hat am 29. Juni 2017 mit breiter Mehrheit für eine Abschaffung des Pflegeregresses gestimmt. Seit 01. Jänner 2018 ist es den Ländern demnach untersagt, auf das Vermögen von Personen, die in stationären Pflegeeinrichtungen betreut werden, zurückzugreifen. In der Landeshauptleute-Konferenz am 18. Mai 2018 wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach

- alle tatsächlichen Kosten berücksichtigt werden und
- die für 2018 ermittelten Kosten lediglich die Grundlage für Verhandlungen und eine Festlegung der weiteren Abgeltungen für die Jahre ab 2019 darstellen.

Schon der seinerzeitige Höchstbetrag von insgesamt 340 Millionen Euro berücksichtigt weder eine Valorisierung noch die steigende Nachfrage. Ein nun vom Bund für die Jahre 2019 und 2020 festgelegter Fixbetrag von 300 Millionen Euro ist nicht akzeptabel. Der Bund leistet seinen Kostenersatz nur in der Höhe der Beträge des Jahres 2017, berücksichtigt aber nicht, dass die Kosten der Pflege weiterhin dynamisch steigen. Ein Mehr an Pflegepersonal sowie ein Anstieg der Gehälter sind die Realität.

Für 2018 wurde seitens des Landes Oberösterreich eine Abgeltung in Höhe von 58 Millionen Euro angemeldet. In der Abrechnung wurden jedoch vorerst lediglich 52,5 Millionen Euro überwiesen. Dies trifft letzten Endes vor allem die Gemeinden als Zahler.

Linz, am 05. November 2019

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Hingsamer, Kirchmayr, Langer-Weninger, Ecker, Frauscher, Dörfel, Aspalter, Hattmannsdorfer, Tausch

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Kaineder, Böker, Hirz, Mayr, Buchmayr